

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Finanzielle Unterstützung der GKB bei der Neuanschaffung von Triebwagengarnituren – Petition an die Stmk. Landesregierung

GR. **Mayr** stellt namens der ÖVP, SPÖ, KPÖ, FPÖ und Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Die Graz-Köflach-Bahn- und Bus-Betriebsgesellschaft als eines der bedeutendsten steirischen Verkehrsunternehmen, leistet einen wesentlichen Beitrag zur öffentlichen Versorgung von Mobilität im Verkehrskorridor Weststeiermark und trägt damit wesentlich zur Vermeidung von Individualverkehr in den Ballungsgebieten bei, insbesondere ist es auch wichtig unter den gegebenen Umweltproblematiken in Graz.

Im Rahmen von Studien durch das Büro Fallast wurde festgestellt, dass die Weststeiermark das größte Fahrgastpotential aller nach Graz führenden Korridore aufweist. Verglichen mit Angeboten auf anderen Korridoren weist die Weststeiermark allerdings linienspezifisch vergleichsweise geringe Verkehrsangebote auf der Schiene aus. Dies zeigt sich im Modal Split der öffentlichen VerkehrsbenutzerInnen auf den vier errechneten Bahnkorridoren.

Die GKB führt derzeit bedeutende Investitionen in die Schieneninfrastruktur durch, auch in Graz, ich erinnere nur an die geplante Unterführung bei der Alten Poststraße und plant darüber hinaus die Anschaffung neuer Triebwagen.

Ich stelle daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Namen der im Gemeinderat vertretenden Fraktionen den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz richtet daher an die Steiermärkische Landesregierung folgende Petition:

- a. Förderung der GKB bei der Beschaffung von neuen, zeitgemäßen und komfortablen Triebwagen, ähnlich wie es das Land Steiermark bei der ÖBB bereits für die Oststeiermark umsetzt. Die derzeitigen Triebwagen der GKB sind dem Fahrgast auf Grund mangelnden Komforts infolge Überalterung kaum mehr zuzumuten.
- b. Unterstützung bei der Umsetzung und Finanzierung der vom Gemeinderat der Stadt Graz zum Ausbau des schienengebunden ÖV projektierten und beschlossenen Maßnahmen, unter anderem auch jener Projekte, die eine Verknüpfung des Straßenbahnnetzes mit dem Netz der GKB ermöglichen würden.
- c. Beschleunigte Forcierung des Projektes Steirertakt.

Ich möchte mich abschließend noch einmal herzlich für die Gemeinsamkeit aller Fraktionen bei diesem Antrag bedanken (*Allgemeiner Applaus*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Schließung von Pflichtschulen

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Es geht also um die Schließung von drei Pflichtschulen in Graz. Nämlich der Volksschule Ries, der Volksschule Wieland und der Hauptschule Krones. Wir leben in Zeiten des „Brain – washing“, in dem ganz besondere Mythen aufgebauten werden, so zum Beispiel, dass größere Schulen wirtschaftlich sind und dass sich kleine Schulen offenbar nicht rentieren und daher sind sie finanzielle

interessant. Den Mythos, den gibt es schon lange, da heißt es, „wir haben kein Geld“, „wir dürfen keine neuen Schulden machen“, „wir brauchen ein Nulldefizit“. Und über diese Klinge müssen nun in unserer Stadt offensichtlich auch Schulen springen, und noch schlimmer, die betroffenen SchülerInnen, die Eltern und die Lehrer und Lehrerinnen.

Zwischenruf GR. Schönegger: Das ist unglaublich. Das ist billigster Populismus.

GRin. **Binder:** Fernab aller Überlegungen und abgesicherter pädagogischer Erkenntnisse, unter welchen Bedingungen zum Beispiel Erziehungs- und Unterrichtsarbeit erfolgreich durchgeführt werden kann. Oder: Fernab jedweden Diskurses, wie sehr Kinder in unserer immer weniger Halt und Orientierung gebenden, ja Ängste erzeugenden Welt Menschen brauchen, die ihnen Zeit, Verständnis und Hilfe geben können und fernab jeglicher Reflexionen über die Belastung der LehrerInnen, die sich in Klassen mit bis zu 30 Kindern einstellen müssen auf Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, mit Kindern mit nicht deutscher Muttersprache, mit Kindern, die Teilleistungsstörungen haben, Kindern mit besonderen Verhaltensauffälligkeiten oder Kindern, die unter Trennungskonflikten leiden, mit Drogenerfahrungen, mit Gewalterfahrungen, mit Missbrauchserfahrungen und vieles mehr. Fernab all dieser Argumente werden SchülerInnen im großen Stil zwischen Schulen hin- und hergeschoben und in letzter Konsequenz die ausgehungerten Schulen geschlossen.

Hand aufs Herz, liebe Kolleginnen und Kollegen, wo würden Sie Ihr Kind, für das Sie sicher das Beste wollen und den besten Grundstein legen wollen, zur Schule schicken?

Der Gemeinderat hat es als Schulerhalter der Stadt Graz in der Hand, die laufende Unterwanderung einer pädagogisch wertvollen Schulpolitik hintanzuhalten und noch

darüber hinaus ein neues Verständnis von Schule zu entwickeln. Das Verständnis einer Schule, die mehr als nur ein Ort des Unterrichts ist und ich könnte hier auch zitieren Herrn Stadtrat Eisel-Eiselsberg, der in seiner Budgetrede am 15. Dezember 2003 genau das auch kundgetan hat, dass Schule auch Ort von Bindung ist. Das Verständnis einer Schule, die als Kommunikations- und Begegnungszentrum Mittelpunkt ihres Bezirks ist. Einer Schule, die die Mauern niederreißt und die das Leben hereinlässt, das bedeutet ihre verstärkte Öffnung zur Außenwelt und eine konsequente Nutzung auch ihrer Ressourcen und darin läge sehr viel Chance auch für unsere Stadt, keine einzige dieser Schulen zu sperren. Was meine ich damit? Das Öffnen der Räume für Initiativen, Vereine, für Theatergruppen, Musikgruppen, Orchester etc. in Zeiten, wo eben kein Unterricht stattfindet. Oder, wie es in anderen Städten möglich ist, da trifft sich die Bridgerunde der SeniorInnen in der Schule genauso wie eine Selbsthilfegruppe von Eltern verstorbener Kinder oder ein Schachverein genauso wie eine Tangogruppe. Das alles unter der Veranschlagung leistbarer Mieten für alle. Damit die Schule zum pulsierenden, lebendigen Mittelpunkt im Bezirk wird, zur Drehscheibe sozusagen des Umfeldes dieser Schule.

Das Schließen einer Kleinschule ist der Verlust einer wertvollen Ressource für den jeweiligen Bezirk und seine BewohnerInnen. Dem entgegenzuwirken, sollte der Gemeinderat als seine Verpflichtung betrachten.

Aus den genannten Gründen stelle ich daher namens der Grünen ALG folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen,

1. jede Einschränkung beziehungsweise Veränderung des bestehenden Angebotes der Volksschule Ries, der Volksschule Wieland und der Hauptschule Krones wird abgelehnt,
2. die zuständigen Stellen des Magistrat Graz werden beauftragt, zur Stärkung der Standorte der Grazer Schulen als lebendige Stadtteilzentren für Bildung und Kultur nach dem Vorbild anderer Städte ein Konzept für eine breite,

öffentliche Nutzung schulischer Infrastruktur (z.B. für Bibliotheken, Sportplätze, Räumlichkeiten) zur Verfügung zu stellen, dieses Konzept zu erarbeiten. (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Korschelt** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wir möchten auch der Dringlichkeit zustimmen, weil wir halten das auch für einen sehr wichtigen Antrag. Gestatten Sie mir, dass ich aus meinem privaten Umfeld, ich wohne auf der Ries, sozusagen 150 Meter von der Schule entfernt und ich glaube, dass hier das Sparen am falschen Fleck und am falschen Ende begonnen wird dann, weil gerade der Bezirk Ries und der als Beispiel hat ja kein Zentrum und gerade diese Schule stellt doch ein kleines Bezirkszentrum dar. Es ist daneben ein Kaufmann, wenn diese Schule geschlossen wird, dann wird dieses letzte kleine Zentrum des Bezirkes Ries auch noch vernichtet. In diesem Sinne bitten wir, dem Antrag zuzustimmen. Wie gesagt, ich glaube, die Grünen, wir dürfen das anhängen, ich danke auch der Kollegin Binder für die Formulierung, für die sehr nationale Formulierung, Hand aufs Herz, es hat uns sehr gefreut, dass Sie Formulierungen von uns übernehmen und wir werden der Dringlichkeit zustimmen.

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Position von uns zu dieser Frage ist, glaube ich, hinreichend bekannt. Wir haben sie im letzten Gemeinderat hier mündlich vorgebracht, sie ist auch im Stadtblatt, in unserer Zeitung, zu lesen. Die KPÖ steht für Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich sicher nicht zur Verfügung. Daher unterstützen wir den Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt mit der Bitte, Initiativen der betroffenen Eltern, SchülerInnen, Lehrer und Lehrerinnen ernst zu nehmen und nicht über berechtigte Wünsche und Sorgen drüberzufahren, dieser Eindruck besteht in Graz. Dann wundern wir uns bitte auch nicht über die immer geringer werdende Wahlbeteiligung, die Frustration in der Bevölkerung, über das Gehör, dass sie bei den Politikern finden, steigt. Über die Volksschule Ries habe ich das letzte Mal schon gesprochen, über die Volksschule Wieland nur ganz kurz; wie Sie alle wissen, leistet sie

unverzichtbare Integrationsarbeit. Schulschließungen im Bereich der Innenstadt, meine Damen und Herren, sind ein weiterer Schritt zur Entvölkerung des Stadtzentrums. Hier sollten auch alte Menschen, Familien und Kinder zu Hause sein und nicht nur Geschäfte, Banken und Lokale (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GRin. **Meisslitzer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist dies ein sehr ernstes Thema, keine Frage. Es geht um Menschen, es geht vor allem um kleine Menschen, sprich Schülerinnen und Schüler, die natürlich ein gewisses Umfeld brauchen, die auch einen geschützten Bereich brauchen und die in Schulen sehr gut aufgehoben sind, weil hier Lehrerinnen und Lehrer sich engagieren und mit ihrem Engagement natürlich auch Hervorragendes leisten. Es geht in weiterer Folge auch um die Eltern, die in diesen Bereichen bewusst Schulen für ihre Kinder aussuchen. Aber weil es uns so wichtig ist, darüber zu reden, dort gute Lösungen für alle Betroffenen zu finden, stimmen wir als sozialdemokratische Fraktion der Dringlichkeit nicht zu, sondern wir glauben, dass man darüber ausführlich in Gesprächen diese Dinge abhandeln muss und wirklich zu einer Lösung kommen muss, die alle Betroffenen zufrieden stellen kann (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreter Ferk übernimmt um 14.00 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Hoher Gemeinderat, meine geschätzten Damen und Herren! Es gibt, seit dem ich in der Politik bin, das ist jetzt knapp über sieben Jahre, kein Thema, das mich auch innerlich mehr beschäftigt hätte als diese Schulschließungen, die vom Beginn weg sehr unglücklich nach draußen kommuniziert worden sind, das ist in einer Mediengesellschaft heute so und es haben alle nur drauf gewartet, wo wird den die Fraktion der Sozialdemokratie und der ÖVP den Rechenstift ansetzen, wo wollen sie das tun und kaum waren diese Listen bekannt, zum Teil von uns noch nicht einmal selbst durchgesehen, gab es schon die ersten Meldungen, da kommt ein

Christbaum weg, dort werden Bibliotheken geschlossen und vieles mehr. Die verantwortlichen Politiker dieser beiden Fraktionen haben auch dem Gemeinderatsbericht entsprechend das Recht gehabt, und das werden wir uns auch nicht nehmen lassen, über die Vorschläge, die wir selbst machen, vorweg noch zu diskutieren. Wohl wissend, dass das Verkünden von unangenehmen Botschaften und Nachrichten wahrscheinlich diesen beiden Fraktionen auch allein überbleiben wird. Und wir haben uns zusammengesetzt und haben den Versuch unternommen, das was uns unsere Beamtenschaft hingelegt hat, zu diskutieren, durchzudiskutieren, einige Stunden zu diskutieren und da gab es dann auch den Vorschlag des Amtes, dass wir drei Schulen im Laufe der nächsten Zeit schließen sollten, weil wir insgesamt in der Stadt Graz einen Rückgang von Kindern haben und weil es viele Beweggründe gibt, hier auch Kosten einzusparen. Ich sage aber gleich vorweg, wir diskutieren manches Mal über Gebäude so enorm, dass wir ganz vergessen, dass in all diesen Gebäuden von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hervorragende geleistet wird. Und was mir nicht gefallen hat in der gesamten Diskussion, auch bei den Begegnungen und Besuchen, die wir zum Teil hatten, da ging es da so ungefähr, mein Kind muss in dieser Schule bleiben, Herr Bürgermeister, weil in diese Schule würde ich sie nicht hineingeben. Ich würde niemals ein solches Urteil fällen, jeder von uns ist oder die meisten von uns sind in Graz zur Schule gegangen, ich war auch in einer Schule, die jetzt als ein Ausweichstandort bekannt geworden ist, ich bin heute noch stolz auf meine Schule und auf meine Lehrerinnen und Lehrer und wir diskutieren aus meiner Sicht im Moment zu viel über Gebäude (*Applaus ÖVP*). Die Damen und Herren waren bei uns, die Damen und Herren haben uns ordentlich in die Mangel genommen, die die dabei waren, wissen, wovon wir hier sprechen. Wir brauchen auch heute, und ich sage das namens meiner Fraktion, niemanden, der uns erklären will, wie wichtig die Ausbildung von Kindern, Jugendlichen und auch Studenten ist. Wir in der Stadt Graz leisten eine hervorragende Arbeit (*Applaus ÖVP*), wir haben nur eines versucht, und das hat meine Kollegin Stadträtin Tatjana Kaltenbeck-Michl auch in den vergangenen Jahren mit mir oft genug durchgestritten, dass wir unsere Schulstandorte möglichst verbessern, ausbauen und verschönern sollen und den gesetzlichen Bestimmungen gemäß herrichten sollen und da haben Leasingpakete begonnen, die auch immer wieder hier negativ zitiert werden. Leasing wurde in erster Linie für Schul- und Bildungseinrichtungen gemacht und das sollte man da einmal bitte deutlich betonen und die meisten dieser Schulen sind in einem

guten Zustand. Und jetzt kann man drüber debattieren und diese Debatte werden wir noch führen, das habe ich auch allen Betroffenen versprochen.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Aber dann hier und da auch.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir führen die Debatte hier und jetzt auch, ich tue es gerade, wenn du mir zuhörst, ich tue es gerade. Es ist jetzt ein Dringlichkeitsantrag und es wird der Punkt kommen, wo eine Entscheidung fällt, nur bitte diese Entscheidung wird zuerst in der Regierung noch einmal fertig diskutiert werden dürfen, dann werden wir sie dem Gemeinderat vorlegen und dann wird es hier eine Abstimmung darüber geben. Das ist der Vorgang, den es immer gibt. In dieser Geschichte versucht auch mancher, Projekte oder auch Parteien oder sonstwie gegeneinander auszuspielen. Es ist nicht angenehm, und deswegen habe ich gesagt, seit sieben Jahren beschäftigt mich da drinnen nichts mehr als die Briefe, die ich von den Kindern da überreicht bekommen habe, und wer die Briefe einmal sehen will, der kann zu mir kommen, ich zeige sie ihm. Wenn dir die Kinder diese Zeilen schreiben, wenn sie alle ihre Zeichnungen mit Tränen machen etc, das bewegt dich mehr als alles andere. Und ich lasse einige Argumente gelten, das werden wir noch ausdiskutieren, ich lasse Argumenten gelten, dass im Bezirk Ries leider Gottes sonst kaum Institutionen der Stadt da sind. Das ist ein Argument. Ich lasse es aber zum Beispiel nicht gelten, wenn mir Elternvertreter der Wielandschule sagen, dass wir im Bezirk herinnen keine andere Schule mehr haben, wir haben das Ferdinandeum, das ist auch eine Volksschule herinnen. Wenn sie uns sagen, dass der überwiegende Anteil der Bevölkerung in Wieland aus dem Bezirk kommt und wir wissen, dass das nicht der Fall ist, dann muss man das auch irgendwann einmal sagen. Und diese ganzen Punkte gilt es jetzt zusammenzutragen und zwar nicht nur die finanzielle Sichtweise, aus der heraus sollten wir es tun und da erwarten auch viele von uns, dass wir mutige Entscheidungen treffen, um Strukturen zu verändern. Unsere Strategie hat gelautet, die vom Stadtrat Eiselsberg, wir wollen die notwendige Anzahl von Schulen haben, die aber gut ausgerüstet und ausgestattet. Wir müssen auch noch einige der

großen Schulen noch einmal verbessern und herrichten und dazu brauchen wir dann auch das Geld. Und jetzt kommen neben diesen finanziellen Fragen die schulrechtlichen Fragen, es kommen die technisch-organisatorischen Fragen und es kommen die pädagogischen Fragen. Wir haben immer gesagt, wir wollen, dass ganze Klassenverbände inklusive ihrer Lehrerinnen und Lehrer übersiedelt werden, ist leider auch nicht immer hinübergekommen oder wurde von anderen auch anders dargestellt, von einer anderen Geschichte sind wir nicht ausgegangen. Wir ersuchen Sie nur, dass wir hier innerhalb des Gemeinderates nicht mittels eines dringlichen Antrages einfach wieder sagen, die Geschichte ist gegessen und wir diskutieren nicht weiter, sondern wir nehmen die Wünsche, die Beschwerden, die Anliegen der Betroffenen sehr ernst, das kann uns niemand absprechen, auch du nicht, das nehmen wir sehr ernst. Wir werden diese gesamten Fragen, die ich jetzt angekündigt habe, auf den Tisch legen und dann unsere Entscheidung treffen, aber bitte heute nicht durch eine Dringlichkeitsgeschichte. Etwas, was in der Struktur auch einmal zu verändern ist dort oder da, auch heute gleich wieder wegstreichen wollen (*Applaus ÖVP und SPÖ*). Wir stimmen der Dringlichkeit nicht zu.

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: Genau um das geht es. Du hättest der Dringlichkeit zustimmen können und eine Diskussion stattfinden lassen können.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat! Die Diskussion haben wir ja, du warst ja auch schon bei den Eltern dabei. Ich möchte die Diskussion mit den Betroffenen führen, dann eine Entscheidung herbeiführen und dann werden wir da diskutieren. Ich will niemanden limitieren, da mitzudiskutieren. Ich habe mit den Eltern vereinbart,...

Zwischenruf GR. Mag. Candussi unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, das haben wir nicht vereinbart. Also ich habe mit den Eltern vereinbart, dass, sobald wir fertig sind mit unseren Vorbereitungen, wir wieder einen Termin ausmachen werden. Idealerweise habe ich mir das in zwei Wochen gewünscht, ich habe die Unterlagen noch nicht alle, deswegen habe ich auch, in Kontakt mit der Frau Dresotti, heißt sie, glaube ich, aus der Schule Ries ausgemacht, dass das bis spätestens Ende November erfolgen wird (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Herr Bürgermeister, wenn Sie sagen, nichts hat Sie innerlich so beschäftigt wie diese Frage, davon haben die Betroffenen, glaube ich, relativ wenig. Sie haben nur etwas von einem Ergebnis, von einem Ergebnis...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Mit gut überlegtem Ergebnis.

GRin. **Binder**: ...für das die Betroffenen, nämlich die Kinder und die Eltern und auch die LehrerInnen bereit sind einzutreten und zu kämpfen. Und, vielleicht wissen Sie es noch nicht, aber in Ries werden bereits die Unterschriften gesammelt für eine Volksbefragung für diesen Bezirk. Ich möchte mich zuerst befassen mit der für mich damals sehr beachtlichen Rede von Stadtrat Eisel-Eiselsberg am 15. Dezember 2004. Stadtrat Eisel-Eiselsberg, ich zitiere einiges daraus, sagte damals und wir haben ihm vollinhaltlich zugestimmt: „Das Lebensumfeld, in dem ein junger Mensch heranwächst, in dem er seine frühe Kindheit, eine Zeit als Schulkind und als Jugendlicher verbringt, ist der Lebensgestalter. Somit sind Kinder und Jugendliche weitgehend ein Produkt des Lebensumfeldes und ein Ergebnis der Lebenschancen“, usw. Also hier spricht er sich eindeutig für das Lebensumfeld des Kindes aus und dazu gehört die Schule im Lebensumfeld des Kindes und da spricht er sich auch dafür aus.

Zwischenruf GRin. Stein: Dann dürfen wir Kindergärten auch nicht mehr verlegen.

GRin. **Binder:** Weiters Zitat, er sagt: „Als so genannter gesetzlicher Schulerhalter sind wir in erster Linie natürlich dafür da, die Schulen selbst als die notwendigen Gebäude und die Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und in einem zeitgemäßen modernen Zustand zu erhalten.“ Und damit hätten wir eigentlich schon sehr viel oder vielleicht schon genug getan, aber er sagt dann, mit dieser Hausmeisterrolle würde er sich nicht zufrieden geben wollen und meint, „auch wir wollen, wenn man so will, dazu beitragen, damit Schule gelingen kann und ich glaube, sie gelingt nur dann wenn wir gemeinsam, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schulbehörde und Schulerhalter jenen Rahmen schaffen, in dem unsere Kinder die Basis und das Rüstzeug erhalten, um eine gute persönliche und berufliche Zukunft zu haben“. Und das Letzte, was ich aus dieser Rede noch zitieren möchte, er sagt auch, „Schulen sind aber nicht nur Orte der Bildung, sondern auch Orte der Bindung“ und genau das, liebe Kolleginnen und Kollegen, steht in meinem Antrag auch drinnen. Der zweite Punkt, mit dem ich mich noch kurz befassen möchte, ist die Halbwertszeit, die sehr geringe Halbwertszeit von Versprechungen. Ich zitiere vom 28. November 2002, nachzulesen in den Protokollen, Karl-Heinz Herper. Zitat: „Und wir haben gesagt, dass weder der Verkauf von Schulen noch Kindergärten noch Gemeindeeigentum an Wohnhäuser etc. hier stattfindet und stattfinden wird“. Das war die erste Tranche von Immobilien, zweite Tranche, 13. November 2002, also Schulen an die GBG, geht es da, um den Verkauf an die Schulen etc. an GBG. Riedler-Zitat: „Vorteile, wir könnten...“, also diese Tranche, dass man Schulen eben auch an die GBG weiterreicht, hat Vorteile. „Wir könnten mit der Sanierung der Schulen früher beginnen und das in schnellerem Tempo umsetzen“ und gegen die Angstmache sagt Herr Stadtrat Riedler: „Jeder weiß, dass die Bundesschulen zur Gänze der BIG übertragen sind und niemand würde daran denken oder fürchten, dass die Bundesschulen eines Tages deswegen geschlossen werden könnten. Das Gleiche wird auch nicht mit den städtischen Pflichtschulen geschehen.“ Und ich höre als Argument,...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Deswegen.

GRin. **Binder:** Ich weiß, du sagst jetzt deswegen, deswegen. Ich höre als Argument, was die Volksschule Wieland betrifft, diese Schule müssen wir deswegen auflösen, das ist eine vierklassige Schule, wie zum Beispiel die vierklassige Volksschule Baierdorf. Die vierklassige Volksschule Wieland muss aufgelöst werden, weil wir dafür Miete bezahlen müssen, selbstverständlich muss man Miete zahlen, wenn sie nicht mehr der Stadt gehören, die Volksschule Baierdorf ist ja noch in Besitz der Stadt,...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Wer sagt da?.

GRin. **Binder:** ...da braucht keine Miete bezahlt werden, daher wird diese vierklassige Schule eben nicht geschlossen. Also hier wird einfach mit völlig unterschiedlichem Maß gemessen....

Zwischenrufe unverständlich.

GRin. **Binder:** Ja, soll sein, dass es für euch ein falsches Argument ist, für mich ist eine windelweiche...

Zwischenruf GRin. Gesek: Ich würde mich besser informieren.

GRin. **Binder**: Super, Sie möchte ich einmal wirklich da heraußen haben, dass Sie einmal kundtun, was Sie eigentlich für eine Meinung haben und nicht immer nur durch Zwischenrufe...

Bgm. Mag. **Nagl**: Bitte zur Dringlichkeit.

GRin. **Binder**: Ja, ich bin bei der Dringlichkeit, ich bin unterbrochen worden, haben Sie das gemerkt, Herr Bürgermeister, und ich reagiere, in dem Fall, Publikum. Was mich entsetzt, und jetzt hätte ich gerne eine flammende Rede von der Tatjana Kaltenbeck, mich entsetzt jetzt zum Beispiel die Haltung der Sozialdemokratie zu dieser Frage. War es nicht vornehmlichste Aufgabe der Sozialdemokratie, in historischer Sicht gesehen, für die Arbeiterklasse Bildung zu ermöglichen und für diese Bildung die entsprechenden Ressourcen und die entsprechenden Rahmenbedingungen...

Zwischenruf GRin. Krampl. Sie tun ja so, als ob die Kinder nicht mehr in die Schule gehen dürften.

Zwischenruf GR. Schönegger: Der blanke Populismus ist das, eine Frechheit.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, ich bitte Sie, wirklich zur Dringlichkeit zu reden.

GRin. **Binder**: Ich bin dabei und darf das auch sagen. Es war vornehmliche Aufgabe, und was ich jetzt erlebe von der Sozialdemokratie, die sehr weiche Haltung zu der drohenden Schließung von Stadtbibliotheken und hier geht ihr mit, wo Schulen geschlossen werden sollen, also das ist überhaupt nicht mehr vertretbar. Aber die Eltern haben wahrscheinlich ein sehr langfristiges Gedächtnis und auch die Kinder, die herausgerissen werden und die Lehrerinnen und Lehrer sicher auch. Und sie werden die Antwort, Ihnen von der ÖVP und euch von der SPÖ geben.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Das war eine Wahlkampfrede, Frau Kollegin.

GRin. **Binder**: Ja natürlich werde ich das nützen, Sie werden die Rechnung bekommen und das wird nicht meine sein.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Jetzt darf ich Sie wieder ersuchen, im Gemeinderat ein bisschen Disziplin walten zu lassen, bedanke mich bei der Frau Gemeinderätin für das Zitat des Kollegen Eiselsberg, das hat ziemlich die Sache auf den Kopf getroffen. Wir wollen so vorgehen, nur der Weg ist unter Umständen im Moment ein anderer. Es ändert aber nichts an der Tatsache, dass wir alle dran interessiert sind, dass Graz einer der besten Bildungsstandorte für Kinder und Jugendliche bleibt und nicht erst wird (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Videoüberwachung am Jakominiplatz

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich möchte mich jetzt an den Text halten, damit ich nicht zu emotional werde. Immer wieder wird in den Medien von Straftaten am Jakominiplatz berichtet. Aus Polizeikreisen ist bekannt, dass der Jakominiplatz zu einem Drogenumschlagplatz verkommen ist. Von Taschendiebstählen, über Belästigungen und massiven Bedrohungen, Schlägereien und Körperverletzungen bis hin zum tragischen Tod eines Schülers reicht bereits das Gewaltspektrum. Der Tod eines jungen Menschen muss uns allen zu denken geben. Es ist längst nicht mehr angebracht, sich beim Thema Jakominiplatz hinter parteipolitischen Überlegungen zu verstecken. Unabhängig von der politischen Ideologie sind alle in den Gemeinderat gewählten Mandatäre dazu berufen, endlich aktiv zu werden und einzugreifen. Seit Jahren fordern die Grazer Freiheitlichen im Gemeinderat eine Überwachung durch Videokameras, wie sie in anderen Städten wie in Villach, Spittal an der Drau und Wolfsberg, bereits 'Gang und Gebe' ist. Bis dato wurden wir verlacht und als Panikmacher diffamiert. Der Tod eines jungen Menschen muss uns doch allen zu denken geben.

Natürlich ist mir das beliebte Gegenargument, es komme dadurch lediglich zu einer Verlagerung der Kriminalität, bekannt und ich muss dieser Überlegung auch zum Teil Recht geben. Es wird selbstverständlich etwa die Drogenkriminalität dadurch nicht verhindert werden, aber es wird zumindest dort ein Ende haben, wo tausende Kinder tagtäglich gezwungen sind, ihren Schulweg zu nehmen. Das primäre Ziel der Überwachung des Jakominiplatzes mittels Videoüberwachung ist nicht die Bekämpfung der Kriminalität an sich, sondern in erster Linie, einen Platz für Menschen – der in Wahrheit das eigentliche Zentrum dieser Stadt darstellt – sicher und gefahrlos zu gestalten. Der Tod eines jungen Menschen muss uns allen zu denken geben.

Namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle im Sinne des obigen Motivberichtes beschließen, dass unverzüglich mit der Bundespolizeidirektion Graz Gespräche aufgenommen werden, an welchen Punkten Videokameras zum Schutz der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, errichtet werden sollten. Ich bitte um Zustimmung.

GR. **Eichberger** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch uns, der SPÖ-Fraktion hier im Gemeinderat, ist es ein wichtiges und dringendes Anliegen, dass in Fragen der Sicherheit und in Fragen der Reduzierung der Kriminalität und in der Setzung von Maßnahmen, die das verhindern, ein Steigen der Kriminalität, und auf der anderen Seite eine Erhöhung der Sicherheit, dass das ein dringliches und wichtiges Anliegen ist. Und speziell die SPÖ nimmt die Sorgen und Ängste der Bevölkerung sehr ernst und wir mussten auch mit Bestürzung diesen tragischen Fall, der sich hier in der Nähe des Jakominiplatzes abgespielt hat, zur Kenntnis nehmen und auch uns gibt die derzeitige Situation, nicht nur in Graz, sondern darüber hinaus, sehr zu denken. Und es ist unbestritten, dass es hier Sorgen und Ängste in der Bevölkerung gibt, nicht nur Personen, die möglicherweise über den Jakominiplatz gehen, mag das auch der Brennpunkt sein, aber es gibt auch Pensionistinnen und Pensionisten, die da oder dort Ängste bereits haben, wenn sie durch Parkanlagen gehen oder wenn man an Frauen denkt, die am Abend zu Fuß nach Hause gehen müssen, wo hier die Beleuchtung mangelhaft ist und es hier zu Ängsten und Sorgen kommt. Und gerade wir als SPÖ haben nicht nur hier in diesem Haus, sondern auch an anderer Stelle immer wieder darauf hingewiesen und davor gewarnt vor einer Verschlechterung der Situation, einer Verschlechterung insofern, dass es zur Schließung von Polizeiwachzimmern kommen sollte und haben hier, und werden auch in Zukunft immer wieder darauf hinweisen, wie die personelle Situation der Grazer Polizei aussieht, und in diesem Zusammenhang nur die aktuelle Zahl, wie es sich momentan darstellt und was sicher auch mit ein Grund ist, dass es hier zu einer Reduzierung des Sicherheitsgefühles in der Bevölkerung gekommen ist, dass zur Zeit rund 100 Dienststellen bei der Grazer Polizei allein unbesetzt sind. Sei es so, dass sie nicht nachbesetzt wurden oder dass sie durch Karenzierung zur Zeit nicht besetzt sind und dass darüber hinaus nach wie vor leider dieses Versprechen, das vor rund einem Jahr durch den zuständigen Innenminister getätigt wurde, dass Graz

zusätzlich zur Bewältigung dieser Probleme einen zusätzlichen Personalbedarf von 50 Personen hier geltend gemacht hat und auch erhalten sollte, dass das bis jetzt nicht passiert ist. Und auch wir haben nicht nur hier gefordert und gemahnt und darauf hingewiesen und eingefordert, sondern wir haben letztendlich auch konkrete Maßnahmen gesetzt, wo es hier auch in diesem Hause von der einen oder anderen Stelle, ich denke hier an Sozialarbeit, ich denke hier an zusätzliche Streetworker, die gekommen sind. Ich denke hier an die Anlaufstelle in der Schönaugasse speziell für den Problembereich Jakominiplatz, wo auch hier sehr, sehr kritische Stimmen da waren und wo es geheißen hat, können wir, sollen wir uns das leisten, was tun wir damit. Und deshalb auch an dieser Stelle und wissend, dass das ein sehr ernst zu nehmendes Problem ist, das die Grazer Bevölkerung bewegt, warne ich vor Panikmache, warne ich davor, die Bevölkerung zusätzlich und über das eh schon große Maß an Verunsicherung hinaus noch weiter zu verängstigen und zu verunsichern und ich warne davor im Namen der sozialdemokratischen Fraktion, hier durch sehr fragwürdige Maßnahmen, ob das jetzt eine Videoüberwachung ist, wir kennen auch andere Maßnahmen von dieser Fraktion, ich will hier die Bürgerwehr nicht erwähnen, wo man hier mit sehr fragwürdigen Einrichtungen und Ideen kommt, um hier einfach zu glauben, man kann hier der Bevölkerung ein Sicherheitsgefühl geben.

Zwischenruf GR. Mag. Korschelt: Musst mit deinen Bürgermeistern am Land reden.

GR. **Eichberger:** War nicht unbedingt zur Sache. Die SPÖ hier in diesem Haus ist für eine seriöse, ehrliche und wirklich auch für eine Arbeit, die etwas bringen soll und nicht für Alibimaßnahmen und erinnere dich nur, lieber Herr Kollege Mag. Korschelt, dass auch die SPÖ hier in diesem Hause, und das ist noch nicht sehr lange her, es ist kaum zwei Monate her, einem dringlichen Antrag deiner Kollegin, wo es um die Frage der Erhöhung der Sicherheit, wo es um die Frage der Zusammenarbeit aller Kräfte in dieser Stadt, ob das Polizei ist, ob das sonstige Institutionen sind und hier Vertreter der Politik hier in diesem Hause, die Dringlichkeit zuerkannt hat, weil wir wissen, dass es wichtig ist und dringlich ist und dazu bekennen wir uns auch, zu

einer gemeinsamen, zu einer seriösen Arbeit. Wozu sich die SPÖ aber nicht bekennt, ist zu einer Videoüberwachung auf einem Platz, weil letztendlich es auch andere Plätze gibt und wir auch wissen, dass diese Videoüberwachung nicht unbedingt das Gelbe vom Ei ist, weil ansonsten dürften es keine Banküberfälle oder sonstige Übergriffe geben, dort, wo es jetzt schon Kameras gibt und abgesehen davon von der Sinnhaftigkeit dieser Installierung dieser Videokameras muss man sich natürlich fragen, dass auch der Stadtsenat unserer Stadt sehr weise hier entschieden hat im April dieses Jahres, wie es zu einer Novelle des Bundespolizeisicherheitsgesetzes kommen sollte, wo dieser Punkt ebenfalls aufgenommen werden sollte in dieses neue Gesetz, wo der Stadtsenat unserer Stadt hier einstimmig festgehalten hat auf Grund der Verfassungsbedenklichkeit dieses Gesetzes, was die Installierung von Videokameras betrifft, hier dem nicht zuzustimmen und gab diesbezüglich auch eine negative Stellungnahme ab. Deshalb seitens der sozialdemokratischen Partei im Hinblick auf diesen dringlichen Antrag: Ja zur Zusammenarbeit für seriöse Lösungen, ja zu mehr Polizei, ja zu Präventionsmaßnahmen, ja zu einem Maßnahmenbündel, um die Sicherheit zu erhöhen, nein zur Videoüberwachung, ja zur Dringlichkeit (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder:** Namens der Grünen Fraktion stimmen wir auch der Dringlichkeit zu, finden es aber immer wieder sehr beachtlich, wie einfach sozusagen die Lösungen ausschauen, die hier von der FPÖ vorgeschlagen werden. Wir stimmen inhaltlich dem in keiner Weise zu, weil die Videoüberwachung unserer Meinung nach auch sehr grundsätzlich gegen Menschenrechte verstößt und weil wir nicht wissen, wenn wir dann die Videoüberwachung haben, was wird dann das Nächste sein, was die Fraktion der FPÖ fordern wird. Wenn jemand, und das ist jetzt sicherlich polemisch und auf die Spitze zugetrieben, aber wenn jemand über den Jakominiplatz gehen möchte, der verdächtig aussieht, muss er dann einen Fingerprint abliefern irgendwo? Also das ist unendlich und tatsächlich bedarf es eines Maßnahmenkataloges, und mein Vorredner hat da vieles von dem schon gesagt, was wir unterstützen können.

GRin. **Kahr:** Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Gemeinderat! Der Dringlichkeitsantrag, davon gehe ich aus, sollte dazu dienen, das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung, vor allem am Jakominiplatz, hier zur Sprache zu bringen, deshalb können wir der Dringlichkeit zustimmen, zum Inhalt haben wir andere Vorstellungen, dazu aber später.

GR. Dr. **Piffl-Percevic:** Ich darf zuletzt anschließen, wo mein Kollege Klaus Eichberger geendet hat, ein eindeutiges Ja für mehr Sicherheit, das ist eines der wichtigsten Anliegen unserer Bevölkerung und das ist eine der wesentlichsten Aufgaben für deren Erfüllung und Sicherstellung wir uns haben wählen lassen, für die wir gewählt wurden. Das heißt, Verantwortung tragen (*Applaus ÖVP*). Wir bekennen uns zur Verantwortung und aus diesem Grunde stimmt die Fraktion der Volkspartei auch der Dringlichkeit zu, die weiteren Argumente, wie das optimal zu erreichen ist, darüber gibt es natürlich Diskussionsbedarf und mein Kollege Bernd Schönegger und auch der Herr Bürgermeister werden sich dann dazu zu Wort melden (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Schönegger** zum Antrag: Es ist schon angekündigt worden. Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Bürgermeister, geschätzter Stadtsenat! Die Sicherheit unserer Stadt ist wahrscheinlich für alle, die politisch Verantwortung übernommen haben, davon gehe ich aus, dass das hier jeder ist, ein sehr wichtiges Anliegen. Aber ganz besonders für uns, für die Grazer Volkspartei, ist die Sicherheit ein wesentlicher Teil der Lebensqualität in unserer Stadt, in der wir leben, und unser Bürgermeister, unser Parteiobmann Bürgermeister Mag. Nagl hat nicht umsonst das Thema Lebensqualität zum Stadtparteitagsmotto der Grazer Volkspartei vor gar nicht allzu langer Zeit erhoben. Und weil Sicherheit so ein wichtiges Thema ist, haben wir uns dazu entschlossen, einen, ich meine, weiter gehenden Abänderungsantrag zum

vorliegenden Antrag der FPÖ einzubringen. Erstens, weil die Frage der Kameraüberwachung hier in diesem Haus eine höchst umstrittene Frage ist, zweitens, weil die Kameraüberwachung sowieso kommen wird durch ein Bundesgesetz und drittens weil es, und das ist das Wesentliche, viele weitere Möglichkeiten gibt, um der Sicherheit in Graz zu mehr und stärkerer Geltung zu bekommen. Und eine besondere Freude ist es mir persönlich, dass das ein gemeinsamer Antrag ist, ein gemeinsamer Abänderungsantrag von ÖVP, SPÖ, KPÖ und Grünen, also das ist einmal ein schönes Zeichen für die Gemeinsamkeit in diesem Haus und dass wir alle die Frage der Sicherheit sehr, sehr ernst nehmen. Ich werde ihn jetzt verlesen:

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass unverzüglich mit der Bundespolizeidirektion Graz Gespräche aufgenommen werden, durch welche Maßnahmen am Jakominiplatz, beispielsweise durch Errichtung einer Notrufsäule, eines Safety Points, verstärkte Kontrolle des Verbotes des Verkaufs von Waffen, insbesondere von Springmessern, die ausreichende personelle Ausstattung der Polizei sowie Verstärkung der Polizeifußstreifen, der Schutz der Bevölkerung, insbesondere der Jugend, verbessert werden kann. Die Grundlagen für dieses Gespräch mit der Bundespolizeidirektion sollen in dem am 13.9.2004 vom Gemeinderat per dringlichen Antrag beschlossenen Arbeitskreis gegen Kriminalität erarbeitet werden, dem VertreterInnen aller Gemeinderatsfraktionen, VertreterInnen aus den Bezirken, der Grazer Polizeidirektion sowie namhafte Experten und Expertinnen angehören und der bis spätestens bis Ende dieses Jahres dem Gemeinderat, also uns, einen Zwischenbericht über einen Sicherheitskatalog für Graz vorzulegen hat. Ich bedanke mich (*Applaus ÖVP und SPÖ*).

GRin. **Kahr:** Sehr geehrte Damen und Herren! Die Sicherheit der Bevölkerung vor allem am Jakominiplatz ist für alle politischen Kräfte hier im Haus, wie schon vorhin gesagt, wichtig. In diesem Sinne haben wir auch den dringlichen Antrag von Herrn Gemeinderat Korschelt verstanden. Verwundert waren wir eher darüber, dass eigentlich Punkte, die ursprünglich angedacht waren, sich in dem dringlichen Antrag heute nicht mehr vorgefunden haben, deshalb haben wir auch ursprünglich einen Abänderungsantrag hier eingebracht, der Ihnen ja auch vorgelegen ist in drei

Punkten und alle diese drei Punkte sind jetzt in dem gemeinsamen dringlichen Antrag aufgenommen worden. Ich möchte nur noch einmal eingehen auf das Thema Videokameras. Es ist blauäugig, unserer Auffassung nach, zu glauben, dass eine Videoüberwachung diese Bluttat, wie sie vor drei Wochen stattgefunden hat, verhindert hätte. Videokameras sind nur Kosmetik, sie haben auch nach Auskunft der Polizei lediglich einen psychologischen Effekt und es ist auch darüber hinaus nicht einzusehen, warum durch einige Spitzbuben, wie ich es jetzt sehr salopp sage, auch die anderen Passanten und Passantinnen überwacht werden sollen. Unserer Meinung nach sollte man dort eingreifen, wo die Probleme beginnen. Dazu gehört unserer Meinung nach eine verstärkte und bessere Kontrolle des Verbots des Verkaufs von Waffen, insbesondere von Springmessern, die nach Meinung auch der Polizeibediensteten und Beamten die gefährlichste Waffe überhaupt sind und dieser ernststen Situation vor drei Wochen auch entsprechen würde. Und vor allem und das ist das Wesentlichste, und das sagen auch alle Polizeibediensteten, wäre es notwendig, das hat auch Herr Gemeinderat Eichberger sehr eindrucksvoll hier gesagt, dass das Personal dringend Verstärkung braucht, hier sind Initiativen notwendig und wir würden uns wieder wünschen, so wie es früher einmal war, dass es auch am Jakominiplatz wieder Doppelstreifen gibt. Weiters ist durchaus auch die Installierung einer Notrufsäule, wie sie auch von der FPÖ vorgeschlagen wurde, halten wir für sehr sinnvoll und nicht zu vergessen ist auch, dass man letztendlich daran denken sollte, wieder verstärkt Kontrollen in den Lokalen selbst vorzunehmen, damit sich die Menschen nicht sinnlos betrinken und völlig den Halt verlieren. Aus all diesen genannten Gründen können wir diesem gemeinsamen Abänderungsantrag zustimmen, möchte aber eines schon erwähnen, es ist, ich habe es auch dem Kollegen Herper und Kollegen Piffli-Percevic gesagt, die Zuweisung zu Arbeitskreisen, und ich betone das immer wieder hier im Hause, hat nur dann Sinn, wenn es regelmäßige Berichterstattung gibt und auch alle Fraktionen hier im Hause einbezogen werden und das vermisse ich bis jetzt. Es ist mir gesagt worden, dass es diese Treffen schon gibt, ich weiß von irgendwelchen Ergebnissen oder von Schritten, die angedacht werden, bisher nichts und ich würde mir das wünschen, sonst können wir solchen Anträgen künftig hier nicht mehr zustimmen (*Applaus ÖVP, SPÖ und KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Ich möchte die Gelegenheit beim Schopfe packen, zum Thema Sicherheit in unserer Landeshauptstadt Graz ein paar Sätze zu verlieren und ich freue mich über die Anwesenheit von Journalistinnen und Journalisten, weil immer dann, wenn die Politik zum Thema Sicherheit kommt, gehen die Wogen ziemlich hoch. Jeder hat verschiedene Lösungsansätze und wir vergessen oft die wirklichen Fakten, Zahlen, Daten und Ziffern und die Bemühungen unserer Sicherheitskräfte, die nach wie vor gewährleisten, dass wir in einer der sichersten Städte dieser Welt leben dürfen (*Applaus ÖVP*). Ich habe Ihnen mitgebracht die monatliche Kriminalstatistik, die es in Österreich gibt, kann vermelden, dass unter allen Bundesländern zwischen den Monaten Jänner bis September 2003 und 2004, in allen Bundesländern eine Verschlechterung eingetreten ist, mit Ausnahme eines einzigen Bundeslandes, hier gibt es in der Aufklärungsquote ein Plus, zwar ein sehr geringes, aber bei anderen gibt es in allen anderen Bundesländern ein Minus.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe nur die Statistik bis September, aber ich bin ja da noch nicht fertig. Sie können die Arbeit unserer Polizei gerne schlecht machen, ich tue es nicht. Weil wenn Sie sagen, im Oktober wäre die Aufklärungsstatistik so schlimm, werde ich die gerne berichten. Jetzt werde ich Ihnen auch einiges erzählen, was hier in dieser Stadt Graz auch ohne die Politik und ohne unsere Ausschüsse gearbeitet wird, weil selbstverständlich ein solcher Fall, wie er am Jakominiplatz jetzt vorgefallen ist, wieder den Eindruck erweckt, als wäre das der unsicherste Platz in unserer Stadt und dem ist nicht so und auch das kann ich Ihnen jetzt hier beweisen, und ich werde Ihnen auch sagen, was unsere Polizei hier macht. Zur Überwachung des Jakominiplatzes haben wir von Seiten der Polizei Folgendes bekanntgegeben bekommen. Seitens der Sicherheitswache der Bundespolizeidirektion Graz wurden Dienstaufträge erlassen, die die Bestreifung beziehungsweise Überwachung des

Jakominiplatzes sowie der umliegenden Straßenzüge regeln. Im Detail wurden folgende Anordnungen getroffen, weil die Kollegin Kahr gerade von den Doppelstreifen etc. gesprochen hat. Während der Betriebszeiten der öffentlichen Verkehrsmittel grundsätzlich ständige Besetzung des Jakominiplatzes, außerhalb der Betriebszeiten der öffentlichen Verkehrsmittel Bestreifung des Jakominiplatzes unter Einbeziehung neuralgischer Lokale im Umfeld. Drittens, verstärkte Streifentätigkeit der Polizeidiensthundeführer mit Hund, sowie mobile Funkstreifen zwischen 13.00 Uhr und 1.00 Uhr zusätzlich an Freitagen, Samstagen sowie vor Feiertagen Bestreifung des Jakominiplatzes und des Nahebereiches durch zwei Sicherheitswachebeamte, also die Doppelstreife auf der Überstundenbasis in der Zeit zwischen 19.00 Uhr bis 2.00 Uhr in der Früh und Überwachung nach 2.00 Uhr im Zuge der Streifentätigkeit. Die Anzahl der Straftaten: Laut Auswertung der Anfallstatistik gibt es für den Bereich Jakomini keine besonderen Auffälligkeiten, im Vergleich der Straftaten, die sich in den Bezirken Jakomini und Gries ereigneten, ergab die Auswertung lediglich geringfügigere Abweichungen. Am Jakominiplatz ist eine höhere Anzahl von Delikten gegen fremdes Vermögen, sprich Diebstähle, zu verzeichnen, Delikte gegen Leib und Leben und Körperverletzungen etc. überwiegend jedoch im Bereich des Griesplatzes. Wir müssen, und darum bitte ich, den gesamten Gemeinderat, auch die Stadtregierung, wir müssen was Sicherheitsarbeit anbelangt, nicht von einem Punkt zum anderen eilen, sondern ein gesamtes System der Stadt Graz mit der Polizei verfolgen. Was die Überwachung durch Videokameras anbelangt, möchte ich Ihnen auch mitteilen, dass hier schon längst dran gearbeitet wird und niemand drauf wartet, bis wir erst tätig werden. Im Bundesministerium für Inneres wurde eine Arbeitsgruppe installiert, die sich mit der Überwachung öffentlicher Plätze mittels Videokameras beschäftigt. Angehörige der Bundespolizeidirektion Graz nehmen an Gesprächen im Rahmen dieser Arbeitsgruppe teil und bringen ihre Erfahrungen ein. Es gibt ja auch von der Regierung eine Regierungsvorlage, wo im Absatz 17 § 54 folgender Absatz 6 eingefügt werden soll: Ist auf Grund bestimmter Tatsachen insbesondere wegen vorangegangener gefährlicher Angriffe etc. zu befürchten, dass es an öffentlichen Orten zu gefährlichen Angriffen gegen Leben, Gesundheit oder Eigentum von Menschen kommen wird, dürfen die Sicherheitsbehörden zur Vorbeugung solcher Angriffe personenbezogene Daten Anwesender mit Bild- und Tonzeichnungsgeräten ermitteln. Da ist auch die Frage, die ich mit der sozialdemokratischen Fraktion beim

letzten Mal intensiv behandelt habe, inwieweit würde es gesetzeswidrig sein, durchaus schon geklärt, man arbeitet sowohl am Gesetz als auch Arbeitsgruppen, wo man über gesamte Überwachungen nachdenkt. Und was die Polizei in der Stadt Graz anbelangt, möchte ich Ihnen auch folgende Ziffern hier noch einmal sagen und ich werde auch nicht müde werden, die Versprechungen, die der Herr Bundesminister gegeben hat vor nicht allzu langer Zeit, dass nicht nur 50, sondern sogar 80 Polizisten nach Graz kommen werden, dass wir da dahinter sein werden, dass er sie uns auch tatsächlich schickt. Folgende Geschichte: Am 1. Februar sind 16 Polizisten in den neuen Kurs gekommen, am 1. April 17 Zöllner, am 1. Dezember wird ein neuer Kurs beginnen mit 15 Teilnehmern, es gibt im Moment drei Versetzungen, die aus dem Burgenland nach Graz gekommen sind, wir haben Pensionierungen in Graz in diesem Zeitraum jetzt vier gehabt, drei Versetzungen. Die Ausbildung dauert von Polizistinnen und Polizisten 20 Monate, das ist auch der Zeitraum, den müssen wir abwarten, bis die Leute dann tatsächlich kommen können. Es sei denn, du hättest Sicherheitskräfte wie Grenzmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die man gleich einsetzen kann, aber da haben sich nicht so viele auch nach Graz gemeldet. Am 1. Jänner werden 15 weitere in einen Kurs kommen, insgesamt sind bei der Polizei im Moment 808 Personen. Man arbeitet intensiv daran, dass, was wir uns alle in Österreich wünschen, dass der Verwaltungsapparat kleiner wird und mehr Polizistinnen und Polizisten in die Wachzimmer und auf die Straßen kommen, wobei letzteres für mich auch das Wichtigste ist. Summa summarum arbeiten wir dran, wir haben im Gemeinderat auch beschlossen, dass es jetzt eine Arbeitsgruppe gibt, an der alle Gemeinderatsfraktionen dabei sind, die sich mit der Polizei trifft. Dieser Termin mit der Polizei ist schon abgestimmt, ich kann jetzt das Datum nicht sagen, aber können wir gerne morgen allen Klubs mitteilen. Dort wird es eine solche Fülle von Themen geben, dass wir uns einmal beschränken müssen, ich wollte Ihnen heute nur da deutlich noch einmal sagen, der Jakominiplatz ist jetzt wieder auch medial durch diesen schlimmen Vorfall, den es gegeben hat, in den Mittelpunkt gerückt. Auf der einen Seite sollte man aber auch nicht alle Menschen nur verunsichern und darum ersuche ich auch, Herr Gemeinderat. Es ist nämlich schon ganz wichtig, dass die Menschen subjektiv sich in dieser Stadt weiterhin wohlfühlen sollen und es ist nicht unsere Aufgabe, dauernd nur zu zeigen, was alles nicht klappt, sondern auch aufzuzeigen, was klappt und das habe ich hoffentlich mit der Statistik auch getan (*allgemeiner Applaus*).

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich darf bei Ihren Worten anschließen, es ist nicht mein Bestreben oder nicht meine Aufgabe, irgendjemanden zu verunsichern und ich freue mich ja, Sie wissen, ich bin ja kein gebürtiger Grazer, aber ich lebe immerhin schon 30 Jahre heraußen in Graz und bin stolz und ich freue mich, in Graz zu leben und ich glaube, es ist auch unsere Aufgabe, eben diese Stadt lebenswerter zu machen. Zuerst möchte ich mich aber bei Ihnen sehr herzlich bedanken, bei allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, dass sie dieser Intention, die ich hier als Bezirksvorsteher, als Bezirksvorsteherstellvertreter des ersten Bezirkes ja geerbt habe, diese Intention, am Jakominiplatz etwas sicherer zu machen, abgesehen davon, habe ich ja mein Büro am Jakominiplatz, ich stehe ja jeden Tag am Jakominiplatz und gehe mindestens zehn Mal über den Jakominiplatz. Also dieses Sicherheitsbestreben unserer Fraktion oder meiner Person eben zu unterstützen, dafür einmal herzlich Dankeschön allen Fraktionen, dass sie das im Sinne der Grazer Bevölkerung, einen Jakominiplatz, der ja immerhin zwischen 60.000 und 80.000 Besucher, wenn man so sagen darf, am Tag hat, diesen Platz zu einem lebenswerten Platz zu machen, dafür von diesem Pult aus herzlich dankeschön. Ich möchte noch zu zwei Punkten Stellung nehmen, zum Kollegen Eichberger, zur Videoüberwachung. Sie wissen alle, ich bin seit 15 Jahren in einer Bank tätig, auch die Banken werden natürlich videoüberwacht, es ist schon klar, dass dadurch kein Banküberfall verhindert wird, aber es ist die Möglichkeit, wenn etwas passiert, dass natürlich dort relativ schnell, und Sie können ja mit der Polizei reden, Gesamtösterreich, dass doch die Aufklärungsquote bei Banküberfällen durch diese Videoüberwachung sich weit gebessert hat. Natürlich in weiterer Folge jemand abgeschreckt wird, wenn er weiß, dass eben die Chance, erwischt zu werden, eben schon bei 80 oder 85 Prozent liegt, was eben früher unter 40 Prozent war.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Das hilft dem verstorbenen Jugendlichen wenig.

Mag. **Korschelt**: Ihr habt in eurer Fraktion oder gesamtösterreichischen Fraktion immer die große Solidarität ausgerufen und mich wundert, dass die Genossen in Villach, SPÖ Bürgermeister Matzenreiter, Genosse in Spittal, Köfer auch Genosse von euch, Genosse in Wolfsberg, Seifried, auch Genosse, Frage, ob er noch Genosse ist, ist eine andere Frage dann, ist Intimfreunde vom Haider dann. Aber gerade eure Genossen müssen sich ja auch etwas denken und die haben das ja immerhin auch eingeführt, also so schlecht kann es ja nicht sein, wenn eure Freunde in anderen Bundesländern, wobei eure Chef sagt, er hat andere Maßnahmen zu den Kärntnern aber trotzdem, ich glaube, sie haben sich schon etwas überlegt dann, dass sie das eingeführt haben.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Wollen Sie jetzt polemisieren oder über Sicherheit reden?

Mag. **Korschelt**: Kollegin, von Polemisieren müssen gerade Sie was reden dann. Und zum zweiten Punkt dann. Ich freue mich natürlich und das ist, glaube ich, sicher einzigartig in der Geschichte der Stadt-FPÖ. Wir haben vor, der Dr. Kurzmann, der eh Stadtparteiobmann, der gerade auf der Zuschauertribüne ist, wir haben vor 25 Stunden unser Programm für einen lebenswerten Jakominiplatz präsentiert und heute schon sind eben Kernpunkte, wie eben mehr Fußstreifen, wie eben diesen Safety Point, wie eben dieser Sicherheitszeile, sind diese Kernpunkte heute schon in die Gemeinderatssitzung eingeflossen und sind auch in den Abänderungsantrag der Kollegen eingeflossen, dem wir natürlich auch zustimmen werden, weil es ja um die Sache geht. Dafür einmal herzlich dankeschön, dass unsere Ideen so schnell verwirklicht wurden. Dankeschön (*Applaus FPÖ*).

Der Abänderungsantrag von ÖVP, SPÖ, KPÖ und Grüne wurde einstimmig angenommen.